

Nach Gaza: Was politisch zu tun ist
Bemerkungen zur deutschen und europäischen Nahostpolitik –
mit einem Nachwort zu den Parlamentswahlen in Israel am
10.02.2009

von Reiner Bernstein¹

Zusammenfassung

Israel steht vor einem systemischen Politikwandel, bei dem die extrem-nationalistischen Rechtsparteien und der religiös-fundamentalistische Extremismus in eine Koalition unter Führung von Benjamin Netanyahu („Likud“) einrücken dürften. Damit verschieben sich die Gewichte der Politik endgültig. Die Gefahren des bedenkenlosen Mitteleinsatzes wachsen, auch weil die institutionellen Korrektive geschwächt sind.

In der palästinensischen Politik sind die Ergebnisse der Versöhnungskonferenz zwischen Fatah und Hamas in Kairo noch nicht belastbar. Die Verständigung auf eine gemeinsame Regierung, die die aktuellen Konfliktherde minimiert, wird noch einige Zeit auf sich warten lassen. Dennoch zeichnet sich bei Hamas ein wachsender Realismus gegenüber der Zweistaatenregelung ab, wenn diese auf die Grenzen von 1967 und die Teilung der Souveränität in Jerusalem hinausläuft.

Mit dem Präsidentschaftsantritt von Barack Obama zeichnet sich in Umrissen ein Strategiewechsel ab. Das Umdenken ist auf die Einsicht zurückzuführen, dass die Regelung des israelisch-palästinensischen Konflikts ein zentraler Baustein bei der Wahrung Washingtoner Interessen in der Region ist.

¹ Abgeschlossen Anfang Februar 2009 mit aktuellen Ergänzungen.

Im Gegensatz dazu begnügt sich die europäische Außenpolitik gegenüber dem Nahen Osten bisher mit der Rolle als abwartende Beobachterin. Mehr noch: Besonders die deutsche Außenpolitik neigt dazu, pro-aktive Initiativen von EU-Partnern zu bremsen.

Aus den Befunden ergeben sich mehrere Überlegungen und Vorschläge:

- 1. Die Europäer sollten nicht auf die Idee verfallen, zwischen den Fronten Truppen zu stationieren, um die streitenden Parteien zu trennen. Stattdessen sollten sie der politischen Diplomatie gemäß der Maxime „Sicherheit durch Frieden“ anstelle „Frieden durch Sicherheit“ höchste Priorität einräumen.*
- 2. Das Einschwenken von Hamas auf einen pragmatischen Kurs ist wahrscheinlicher als die Auflösung von Siedlungen in der Westbank und im einst arabischen Teil Jerusalems durch Israel. Die Erklärung des Berliner Auswärtigen Amtes vom 19.01.2009, dass Hamas „nach wie vor inakzeptable Positionen“ vertrete, wird in absehbarer Zeit ihre Gültigkeit verlieren. Zudem: Gegenwärtig entspricht die Anerkennung und Legitimität von Hamas in der palästinensischen Bevölkerung der politischen Tragweite der letzten Wahlergebnisse in Israel; diese Symmetrie fällt ins Auge. Jüngst hat Yossi Alpher im Internet-Portal „bitterlemons“ (09.03.2009) noch einmal die Auffassung vertreten, dass die Bereitstellung finanzieller Mittel für die Palästinenser ohne Einbeziehung von Hamas in politischer Hinsicht keine Erfolgchancen habe.*
- 3. Die israelische Politik ist aufgefordert, ihre prinzipiellen „drei Neins“ zu überprüfen: keine Teilung Jerusalems, keine Aufgabe jüdischer Siedlungen – für die Ausdehnung der Besatzung ist der Begriff „elastische Geographie“ (kritisch Eyal Weizman) eingeführt worden – sowie keine, wenn auch nur symbolische Aufnahme palästinensischer Flüchtlinge von 1948. Hierzu sollten die*

europäischen Regierungen dem israelischen Anspruch nachgehen, wonach Israel „gültige Territorialansprüche in diesem Territorium [der Westbank] hat, die nicht nur auf einer historischen und religiösen Bindung an das Land und seine anerkannten Sicherheitsbedürfnisse gründen, sondern auch auf dem Faktum, dass das Territorium nicht unter der Souveränität eines Staates stand“ – gemeint ist die völkerrechtlich strittige Annexion der Westbank und Ost-Jerusalems durch Jordanien 1950. Demgemäß hat Israel das Genfer Zusatzprotokoll von 1977 über internationale bewaffnete Konflikte nicht ratifiziert – mit den bekannten Konsequenzen im Gaza-Krieg.

- 4. Das Bekenntnis eines Nahost-Beraters von Bill Clinton gilt auch für die deutsche Regierung: „Wir haben niemals ein hartes und ehrliches Gespräch mit den Israelis über die Siedlungspolitik geführt“ und „Wir können Israel kein Veto über unsere Verhandlungspositionen einräumen“.*

- 5. Die europäischen Regierungen sind aufgefordert, „einen politischen Prozess“ (Frank-Walter Steinmeier) in Nahost in die Wege zu leiten. Ihm steht freilich das Beharren Frankreichs und Großbritanniens auf einen Sitz im UN-Sicherheitsrat mit Vetorecht entgegen, das einen europäischen Konsens in der Außen- und Sicherheitspolitik zumindest erschwert. Die Gefahr besteht darin, dass Europa seine außenpolitisch-diplomatische Handlungsfähigkeit verliert.*

- 6. statt im kleinsten Nenner massiver Finanztransfers an die Palästinenser zu verharren. So können sie dazu beitragen, dass die Fraktionierungen in der palästinensischen Gesellschaft eingeebnet werden. Bleibt der Erfolg aus, wird sich weltweit der Eindruck durchsetzen, dass dem palästinensischen Volk die politische Reife für einen souveränen Staat fehlt. Damit würde die Zweistaatenregelung von der diplomatischen Tagesordnung verschwinden, diesmal aufgrund palästinensischen Versagens.*

7. Da die USA die stärkste Macht im Nahen Osten bleiben, sollten die europäischen Regierungen das Angebot Obamas ausloten, „im Tandem mit Europa, Russland, mit allen Staaten in der Region“ zusammenzuarbeiten, und die mäßigen Tendenzen in der US-Außenpolitik unterstützen.

8. Die Überwindung der sich zuspitzenden Konfrontation zwischen Juden und Arabern in Israel ist ein Prüfstein für die Qualität der israelisch-palästinensischen Beziehungen.

Die Lasten des Fortschrittes auf dem Weg zum Frieden müssen neu definiert und verteilt werden. Bisher sind Zeit und Chancen vergeudet worden.

I. Rahmenbedingungen

In unserer schnelllebigen Zeit wird auch die Suche nach Schuldigen und Opfern des Krieges in und um den Gazastreifen rasch entschieden. Dabei überwiegt der Eindruck, dass sich beide Seiten im halben Jahr zuvor, also zwischen dem 19. Juni und dem 19. Dezember 2008, um Zurückhaltung bemühten. Diese Wahrnehmung übersieht jedoch die Gewaltausbrüche nach dem Abzug Israels aus dem Gazastreifen im September 2005 sowie die innerpalästinensischen Auseinandersetzungen seit den Wahlen im Januar 2006.

Bei den Wahlen hatte sich Hamas² gegen die politisch und organisatorisch desolat auftretenden Kandidaten von Fatah durchgesetzt, wenn auch – gemessen an der Zahl der abgegebenen Stimmen – relativ knapp. Anderthalb Jahre später bildeten sich nach

² Hamas ist das Akronym für „Haraqat al-muqawama al-islamiya“ („Bewegung des Islamischen Widerstandes“).

dem Putsch von Hamas zwei territorial abgegrenzte Machtzentren heraus. Beide Fraktionen nutzten die Abspaltung zu Versuchen, ihren Gegner vollständig auszuschalten.

Mit der arabisch vermittelten Waffenruhe zwischen Hamas und Israel, die am 19. Juni 2008 in Kraft trat, sank im Sommer und Herbst des Jahres die Zahl der Angriffe aus dem Gazastreifen zunächst drastisch, bis die Regierung in Jerusalem das bevorstehende Ausscheiden **George W. Bushs** und die amerikanischen Präsidentschaftswahlen am 4. November 2008 dazu nutzte, sechs Angehörige der militanten Qassam-Brigaden gezielt zu töten. Während danach 329 Geschosse aus dem Gazastreifen im Süden Israels einschlugen und materielle Schäden anrichteten, starben bis zum 19. Dezember 28 Palästinenser durch israelische Einwirkung (Mouin Rabbani). Einen Tag vor dem Ende der Waffenruhe verlangte Hamas für deren Verlängerung im Gegenzug das Ende der israelischen Abriegelung des Gazastreifens. Wenig später machten Meldungen die Runde, dass in der Bewegung des Islamischen Widerstandes eine Debatte über eine langfristige Waffenruhe ausgebrochen sei, während in Israel darüber debattiert wurde, welche politischen, moralischen und psychischen Blessuren der Krieg nach sich ziehen werde (Avraham Burg et al.).

Israels Kriegsziele

Die „Operation Gegossenes Blei“ war von langer Hand vorbereitet; dafür sprechen die Aussagen und Warnungen aus der Generalität. Mag man daran zweifeln, ob **Ehud Barak** tatsächlich den Beginn der Offensive zunächst verweigerte (oder vergeblich darauf drängte, sie nach drei Tagen abubrechen) und es auf ein vom rechtsnationalen Lager angedrohtes Verfahren wegen Verletzung seiner Amtspflichten ankommen zu lassen, so steht doch fest, dass der neue Generalstabschef **Gaby Ashkenasi** das militärische Debakel

im Krieg gegen die Hisbollah im Sommer 2006 durch personelle und taktische Korrekturen wettzumachen suchte sowie das Waffenarsenal in den USA gezielt aufstockte³. Beobachter vermuteten den israelischen Willen zu einem „regime change“ (Gershon Baskin [1]). Doch das Gegenteil zeichnet sich immer mehr ab: Selbst um Zurückhaltung bisher bemühte deutsche Außenpolitiker – allen voran Staatsminister **Gernot Erler** – plädieren für die Einbeziehung von Hamas in den Korpus der Palästinensischen Autonomiebehörde, wenn das Ziel der Zweistaatenregelung erreicht werden soll.

Zu vermuten ist ferner, dass der in Israel verbreiteten Unsicherheit über den Kurs des neuen US-Präsidenten **Barack Obama** ein Zeichen der militärischen Entschlossenheit entgegengesetzt werden soll. Außenministerin **Tsipi Livni** nutzte die Anwesenheit von **Frank-Walter Steinmeier** in Jerusalem zu der Mitteilung, dass Israel über das Ende des Krieges allein und „nicht die Staatengemeinschaft“ entscheiden werde⁴ – *„Stehen Sie Israelis und Palästinensern bei der Aushandlung der zentralen Fragen beiseite, aber glauben Sie nicht, dass Sie den Konflikt beenden können“*, hatte **Aaron David Miller** (2008.2) nach den Erfahrungen von fast einem Vierteljahrhundert im State Department dem neuen Präsidenten wenige Tage zuvor zugerufen, um ihn vor Illusionen zu warnen, von

³ Im Oktober 2009 berichtete **Aluf Benn**, dass die Operation „Gegossenes Blei“ wie keine andere in den Annalen Israels vorbereitet und nach allen Richtungen geprüft worden sei, um die Wiederholung der militärisch-operativen und juristischen Fehler des Libanon-Feldzugs zu vermeiden – und „die Medien hätten gehorcht“. Sie hätten nur, so der Autor, darüber vergessen, dass Libanon nicht die palästinensische Front sei.

⁴ Mitteilung des Berliner Auswärtigen Amtes am 09.01.2009. In der gemeinsamen Pressekonferenz mit UN-Generalsekretär Ban Ki-moon am 15.01.2009 wiederholte Livni diesen Grundsatz: „In Israel we are doing our own assessment on a daily basis, and we will decide when to stop based on this assessment.“ Vgl. Schimon Stein: Unser Frieden oder gar kein Frieden, in „Süddeutsche Zeitung“ 03.02.2009, S. 2: In einer Replik auf den Beitrag von Joschka Fischer an derselben Stelle am 27.01.2009 (s. Literaturverzeichnis) verwarnte sich der frühere israelische Botschafter in Deutschland gegen eventuelle Versuche der USA, auf Israel friedenspolitischen Druck auszuüben. Stein schloss seinen Beitrag mit dem Satz: „Letztlich werden wir und die Palästinenser mit unseren Entscheidungen leben müssen, und nicht die Amerikaner und Europäer.“ Unklar bleibt, welche politische Bedeutung er dem Possessivpronomen „unser“ beilegte.

außen Frieden schaffen zu können. Tatsächlich soll nach einem Eiltelefonat **Ehud Olmerts** die Außenamtschefin **Condoleezza Rice** von Bush aufgefordert worden sein, der Resolution 1860 des UN-Sicherheitsrates nicht zuzustimmen, sondern ihr lediglich mit Stimmhaltung zu begegnen. **Livni** sekundierte am 11. Januar 2009 mit der Aussage, dass sich Israel die „Entscheidung über Krieg und Frieden“ und die Interpretation der Resolution vorbehalte – letztere schränke Israel nicht ein.

Aus **Livnis** Worten lässt sich zusätzlich folgern, dass die bisweilen in Europa diskutierte Nato-Mitgliedschaft für Israel keine wünschenswerte Option ist, wenn die Integration in die westlichen Verteidigungsstrukturen bändigend wirken soll. Die gleiche Vermutung trifft für die Vertiefung der erweiterten Partnerschaft mit Europa zu: Der israelische Wunsch liegt zwar auf dem Tisch, doch dürfte seine Realisierung in Jerusalem selbst auf erhebliche Vorbehalte stoßen, wenn daraus Abhängigkeiten entstehen sollten. Außerdem liegen die Zielvorstellungen, die beide Seiten damit verbinden, weit auseinander. Die Operation „Gegossenes Blei“ konnte sich auf eindeutige Ergebnisse von Meinungsumfragen stützen: Israel wollte die letzte verbliebene Bastion des aktivistischen palästinensischen Widerstandes brechen und kündigte die Bereitschaft zum „Frieden mit der pragmatischen (palästinensischen) Führung“ an. In einem Papier des „Begin Sadat Center for Strategic Studies“ an der Bar-Ilan Universität, einem rechtskonservativen „Think Tank“, zeigte sich der Autor davon überzeugt, dass es eine schwache politische Führung Israel erleichtere, sich gegen Angriffe zu schützen (Max Singer).

Angesichts schwerer sozialer Verwerfungen im Innern versteift sich der jüdische Konsens auf die Sicherung des vermeintlich von außen existentiell bedrohten Gemeinwesens. Nach einer Meinungsumfrage unterstützten Ende Dezember 2008 nicht weniger als 94 Prozent der jüdischen Israelis die Militäroperation eindeutig und rechtfertigten die Luftangriffe auf den Gazastreifen trotz der Schäden für die

Infrastruktur und die palästinensische Zivilbevölkerung, 92 Prozent glaubten daran, dass sie Israels Sicherheit diene, und 62 Prozent zeigten sich davon überzeugt, dass der Krieg Israel auch politisch helfen würde („Tami Steinmetz Center“).

Einen Monat später veröffentlichten zwei israelische Wissenschaftler die Auswertung einer Umfrage vom vergangenen Sommer 2008 mit dem Ergebnis, dass das jüdische Bewusstsein im Lande durch Gefühle, Opfer zu sein, sowie durch eine Besatzermentalität, durch blinden Patriotismus, Kriegsbereitschaft, Selbstgerechtigkeit, Entmenschlichung der Palästinenser und durch Unempfindlichkeit für ihr Leiden gekennzeichnet sei (Akiva Eldar 2009.1). Zur Begründung fehlender Sensibilitäten wird regelmäßig auf den Iran verwiesen, dessen Präsident am „Jerusalem-Tag“ im November 2007 die Auslöschung Israels prognostizierte und dessen unberechenbares Nuklearprogramm auch in der arabischen Welt und in der Türkei Ängste schürt. Die Überzeugung ist ungebrochen, dass sich im Nahen und Mittleren Osten der Erfolg nur in Kategorien der militärischen Stärke misst. **David Grossman** warnte vor einer nationalistischen Überspannung, die das Volk befallen habe.

Mit der Absage an eine „Wertegemeinschaft“ mit Hamas lobte **Livni** einmal mehr den anhaltenden Kurs der internationalen Staatengemeinschaft, die Ächtung der Bewegung des Islamischen Widerstandes fortzusetzen. Folgerichtig erneuerte mit oder ohne interne Abstimmung ein Mitglied aus **Nicolas Sarkozys** nächstlicher Reiseentourage die europäische Entschlossenheit, sich dem Wiederaufbau des Gazastreifens zu versagen, wenn Hamas politisch am Ruder bleibe. Dass die vom israelischen Militär angerichteten Schäden nicht nur das militärische Potential des Feindes weitgehend zerstörten – ohne es gänzlich vernichten zu können –, sondern auch die zivile Infrastruktur verwüsteten, sei dabei in Kauf zu nehmen.

Für den israelischen Politologen **Zeev Maoz** verfügt die Regierung in Jerusalem über keine Friedensdiplomatie. Im Blick auf das arabische

Umfeld hat der heute an der University of California lehrende Autor – der zuvor das „Jaffee Center for Strategic Studies“ an der Universität Tel Aviv leitete – ironisch hinzugefügt, nur mit solchen Feinden des strategischen Unvermögens könne sich Israel ein paar Fehler erlauben. Zu vermuten ist, dass Befürchtungen aus dem israelischen Friedenslager, Israels internationale Lage durch den Krieg sei geschwächt worden (Naomi Chazan), von der Mehrheit nicht geteilt werden. Von den dreizehn gefallenen israelischen Soldaten fanden mindestens vier durch „friendly fire“ den Tod.

Kriegsziele von Hamas

Hamas ist ein Spross des Versagens der politischen Führung in Gestalt der PLO. Fast zeitgleich mit der Proklamation des virtuellen Staates Palästina durch den Palästinensischen Nationalkongress (PNC) veröffentlichte sie im August 1988 ihre Charta. Wie die PLO für das im Sommer 1968 verabschiedete Manifest fast 28 Jahre brauchte, um dem Grundsatz der „friedlichen Koexistenz“ mit Israel Rechnung zu tragen, hat Hamas mehrere Stationen gebraucht, bis sie im März 2006 die Osloer Vereinbarungen als „Zwischenlösungen“ akzeptierte. Gleichzeitig stellte sie ihr ideologisches Credo insofern zur Disposition, als sie die Anerkennung Israels nicht in die Entscheidung einer Partei oder einer Regierung, sondern in die des gesamten palästinensischen Volkes stellte, mit anderen Worten: Sie wollte die Ratifizierung eines Vertrages an ein Referendum binden.

Im Gegensatz zu **Yasser Arafat**, dessen Prätorianergarde am „Schwarzen Freitag“ des 18. November 1994 vor der Hauptmoschee in Gaza-Stadt vierzehn Palästinenser niederschoss, blieb Hamas entschlossen, sich nicht in einen Bruderkrieg hineinziehen zu lassen, auch wenn die Zurückhaltung nicht unbegrenzt fort dauern könne (Reiner Bernstein 2000). Erst nach dem endgültigen Bruch mit der Autonomiebehörde im Juni 2007 begann Hamas damit, den Einfluss von Fatah im Gazastreifen mit brutalen Mitteln auszuschalten, auch

als von Ramallah aus verschiedene Versuche unternommen wurden, sie zu destabilisieren. Danach unterdrückte Hamas massiv die freie Meinungsäußerung und unterband individuelle Freiräume mittels ideologischer Indoktrination und organisatorischer Willkür.

Schließlich übernahm sie unter Einsatz von Schlägertrupps die vollständige Kontrolle des 365 Quadratkilometer großen Landstrichs und rüstete ihr militärisches Potential auf. Während des Krieges selbst soll es zu Hinrichtungen vermeintlicher Kollaborateure mit Israel gekommen sein; diese Meldung wurde von der israelischen Menschenrechtsorganisation „B'tselem“ („Im Angesicht“: Gen. 1,27) und von der Palästinensischen Nachrichtenagentur „Maan“ übernommen, letztere veröffentlichte am 2. Februar 2009 die Namen von 181 Toten, von denen viele der Folter zum Opfer gefallen seien. Kollaborateure seien hingerichtet worden, weil sie versucht hätten, den Widerstand zu brechen, zitierte die Nachrichtenagentur Reuters am 2. Februar 2009 einen Sprecher des Innenministeriums in Gaza-Stadt.

Als am 18. Januar 2009 die Waffenruhe ausgerufen wurde, hielten sich im Gazastreifen die Freudenkundgebungen in engen Grenzen, obwohl der „UN Humanitarian Coordinator for the Occupied Palestinian Territory (OCHA)“ das Schicksal Zehntausender mit den Worten beklagt hatte: „*There are no safe places to flee.*“ Nach einer Meinungsumfrage der An-Najah Universität, Nablus, in der Westbank und im Gazastreifen zwischen am 1. und 2. Februar 2009 sprachen sich mehr als 57 Prozent gegen einen erneuten Waffengang gegen Israel aus, während knapp vierzig Prozent auf die Frage zustimmend antworteten (An-Najah).

Für ihre aktiven Anhänger hatte Hamas so Vorkehrungen getroffen, dass sie die Versorgungsengpässe nicht spürten, unter denen die Mehrheit der Bevölkerung litt. Anfang Februar 2009 sah sich das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen veranlasst, „mit allem Nachdruck“ gegen die Beschlagnahme von Decken und

Nahrungsmittelpaketen, die für fünfhundert Familien bestimmt sein sollten, durch die Polizei zu protestieren (UNWRA). Auf der Gegenseite waren Israels Brandbomben, der Einsatz von weißem Phosphor und – aus Vorwürfen der Internationalen Atomenergiebehörde zu schließen – Geschosse mit angereichertem Uran⁵ nicht dazu da, improvisierte Raketenstellungen zu zerstören und Verstecke von Terroristen aufzuspüren. Die Führung von Hamas konnten sie nicht ausschalten. Wie in Israel entscheiden die militanten Kräfte über die Fortsetzung des Krieges. Beide benutzen einander als Begründung für ihre Intransigenz und sind deshalb in ihrer Entschlossenheit keine unvergleichbaren Antipoden. Die Symmetrie der Gewaltbereitschaft liegt offen zu Tage. Die Dynamik der Radikalisierung der öffentlichen Meinung Israels gelte in gleicher Weise für die palästinensische Seite, ist eingeräumt worden: der systematische Niedergang des Vertrauens in den Friedensprozess und in Verhandlungen, wie sie von **Machmud Abbas** geführt würden (Ghassan Khatib 2009.2).

In den vergangenen Jahren hat Hamas ihre Netze ideologisch und sozial so weit ausspannen können, dass ihr künftig eine organisatorische Minimalbasis zur Verfügung bleibt, die durch den Nutzen ergänzt wird, den sie aus dem Scheitern der Autonomiebehörde in den Verhandlungen mit Israel zieht. „*Mit einem Wort*“, fasste die aus prominenten Wortführern bestehende „Palestine Strategy Study Group“ ihren Bericht im Sommer 2008 zusammen: „*Israel ist kein ernsthafter Verhandlungspartner.*“ Nur noch reichlich die Hälfte der palästinensischen Bevölkerung wollte die Fortsetzung der Verhandlungen mit Israel befürworten. Deshalb sah sich Ministerpräsident **Salam Fayyad**, bevor er Anfang März 2009 resigniert seinen Amtsverzicht bekanntgab – zu dem es dann nicht kam –, zu der dramatischen Warnung veranlasst, nicht durch eigenes Nichtstun und durch die „tödliche Erosion der Selbstachtung und des gänzlichen Verlusts an Vertrauen in unsere Fähigkeiten“ dem nationalen Defätismus Vorschub zu leisten.

⁵ „Der Spiegel“ 26.01.2009, S. 78 ff.

Hamas hat den Schatten des ewigen Opfers verlassen und tritt als entschlossene Akteurin auf. Wie die Islamisten im Libanon und in Ägypten glaubt sie sich durch den „Sieg“ im Gazastreifen in ihrer grundsätzlichen Ablehnung Israels bestätigt, während die israelischen Militärschläge ihrem Verbündeten, dem Iran, billige Propagandamunition lieferten, obwohl es genügend Anlässe gibt, die schweren Verletzungen der von Teheran unterschriebenen Menschenrechtskonvention an den Pranger zu stellen: Todesstrafen für Minderjährige, Einschränkung individueller Freiheiten, Folter politischer Gefangener und systemimmanente Diskriminierung der Frauen.

Man mag die These vom israelisch-palästinensischen Schlüsselkonflikt für die Region drehen und wenden, wie man will, ein Faktum ist eindeutig: Der religiös-kulturelle Fremdkörper Israel im Nahen Osten wird von der moslemisch-arabischen Welt nur dann hingenommen und schließlich akzeptiert werden, wenn der Disput mit den Palästinensern überwunden wird (Shibley Telhami). Diese ökumenische Vision macht den einzigartigen Rang der arabischen Friedensinitiative von 2002 aus, die zumindest anfänglich auch von Syrien und Iran unterstützt worden ist.

II. Die politischen Herausforderungen für Europa und Deutschland

Der dreiwöchige Gaza-Krieg scheint einmal mehr die Unlösbarkeit des israelisch-palästinensischen Konflikts zu demonstrieren, so dass der nächste Krieg vorgezeichnet sei. Da dieser Pessimismus auch in Kreisen der deutschen Politik geteilt wird, verwundert es nicht, dass sich die Regierung in Berlin wie in der Vergangenheit vorwiegend auf technische und humanitäre Hilfsaktionen für die palästinensische Bevölkerung konzentriert, wie sie im „Arbeitsplan für einen

dauerhaften Waffenstillstand“ des Auswärtigen Amtes vom 6. Januar 2009 niedergelegt worden sind („Der Spiegel“ 2009.1). Die authentische Vorbeugung gegen Tunnelanlagen, Nachschubrouten und Transportwege, die für die Auffüllung und Ergänzung von Waffenarsenalen benutzt werden, besteht jedoch aus politischen Fortschritten, und zwar jenseits des in anderen Teilen der Region versuchten und gescheiterten Demokratie-Oktroi.

Wenn die nationale Koexistenz zwischen Israelis und Palästinensern überhaupt noch eine Chance erhalten soll, ist diplomatische Eile geboten. Nach der regierungsamtlichen Begründung vor dem Bundestag im September 2005, dass die Entsendung deutscher Marineeinheiten vor die Küste Libanons auch deshalb von „historischer Dimension“ sei, weil damit das Fenster für eine israelisch-palästinensische Zweistaatenregelung erweitert werde, ist freilich Skepsis angebracht, wenn **Frank-Walter Steinmeier** die jetzige Aufbauhilfe für die Palästinenser mit dem Ziel verbindet, sie „in einen politischen Prozess“ einmünden zu lassen. Undeutlicher lässt sich schwerlich formulieren, was die deutschen und europäischen Anteile daran ausmachen könnten. Bisher haben alle rhetorischen Volten nur die Fassade für das Debakel geliefert, an dem die internationale Staatengemeinschaft Mitverantwortung trägt.

Nachdem in den Hauptstädten Europas das Aufatmen über das Ausscheiden **Bushs** unüberhörbar war und die Erwartungen an den neuen US-Präsidenten phantastische Höhen erklommen haben, stellt sich dringender denn je die Frage, warum die Regierungen seit 2001 in nibelungenhafter Anhänglichkeit der zentralen Parole „Kampf gegen den internationalen Terrorismus“ gefolgt sind, mit dem die alte Administration eine verantwortliche Außenpolitik im Nahen Osten um den Preis der fast vollständigen Marginalisierung ihrer Autorität über Bord warf (Hussein Agha and Robert Malley). **Steinmeiers** Erleichterung beim Antrittsbesuch in Washington war auch diesseits des Atlantiks mehr als spürbar, auch wenn sich ein Unbehagen über die Antwort Europas bei der Vorstellung einstellen mochte, wenn

John McCain am 4. November 2008 die Wahl für sich entschieden hätte. Jetzt glauben US-amerikanische Experten erneut daran, dass mit dem Amtsantritt **Obamas** die Staaten in der Region künftig mehrheitlich auf das positive Gewicht Washingtons setzen werden (Richard N. Haass and Martin Indyk; Hussein Agha and Robert Malley; Nathan J. Brown).

Es wäre verfehlt, von Europa politische Verhandlungen mit Hamas zu erwarten, solange der innerpalästinensische Bruch nicht überwunden ist. Insofern war die „Berliner Konferenz zur Unterstützung der palästinensischen zivilen Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit“ vom Juni 2008 ein Akt der exklusiven Parteinahme. Die Auffassung des Auswärtigen Amtes, dass Verhandlungen mit Hamas nicht in Frage kommen, weil sie „nach wie vor inakzeptable Positionen“ vertrete⁶, überzeugt so lange nicht, solange deren Angebote zu einer einjährigen oder längeren Waffenruhe – wie Ende Januar 2009 – keinen angemessenen Widerhall finden. Dass auch Israel auf einen Friedenskurs verzichtet, scheint dagegen kaum der Aufmerksamkeit wert zu sein.

Andererseits ist der stereotype Hinweis, dass Hamas in demokratisch fairen Wahlen die stärkste politische Kraft geworden ist (zuletzt Ulrich Ladurner), allein noch nicht einleuchtend; Wahlen machen noch keine Demokratie. Denn die Geschichte ist voller Beispiele für den Missbrauch von Mehrheitsentscheidungen, als dass sie „einfach hinzunehmen“⁷ seien. Dass sich die Hamas-Führung rühmte, unter den fast vierzehnhundert Toten des Krieges würden sich nur 48 „Freiheitskämpfer“ befinden, ist ein Beleg dafür, dass auch hier die zivilen Räume entgegen den Bestimmungen der Vierten Genfer Konvention und der Haager Landkriegsordnung als

⁶ Erklärung des Auswärtigen Amtes vom 19.01.2009.

⁷ So der Vorsitzende der Partei „Die Linke“ Gregor Gysi in der Nahost-Debatte des Bundestages am 14.01.2009.

„battle grounds“ missbraucht worden sind⁸. Vereinzelt Angriffe auf israelisches Territorium und die Liquidierung von „Kollaborateuren“ seit der informellen Waffenruhe dokumentieren überdies, dass die Autorität von Hamas brüchig ist und durch das Ansinnen ausgeglichen werden soll, dem Leiter des Politischen Büros in Damaskus **Khaled Meshal** im Zuge der Restrukturierung der PLO die Position des stellvertretenden Vorsitzenden einzuräumen – ohne formellen Wahlakt, versteht sich. In dieselbe Kategorie der erstrebten Kompensation für die Sympathieeinbußen unter jenen Palästinensern, die die israelischen Flächeangriffe über sich ergehen lassen mussten, fällt der Jubel in der Hamas-Führung über den angekündigten Amtsverzicht von **Salam Fayyad**.

Wenn der europäische Wille zur Förderung des Friedens zwischen Israelis und Palästinensern glaubwürdig bleiben und endlich mehr bedeuten soll als die schale Wiederholung eines vor Ort und jenseits des Atlantiks politisch nicht ernst genommenen Lippenbekenntnisses, werden sich die Regierungen zu grundlegenden Entscheidungen auf mehreren Ebenen aufrufen müssen. Dabei wird es nicht ausreichen, das beschädigte Ansehen Washingtons – „den tödlichen Mix aus Arroganz und Ignoranz der Präsidentschaft von George W. Bush“ (Hussein Agha and Robert Malley) – in der Region abzufedern. Im Gegenteil: Da die USA die

⁸ Zum Vergleich Andrian Kreye: Juristische Lyrik. Die Frage, ob die Soldaten der Bundeswehr in Afghanistan Krieg führen oder nicht, ist müßig, weil das Völkerrecht schon viel weiter ist als die Politik, in SZ 04.11.2009, S. 3, zitiert den emeritierten Frankfurter Völkerrechtler Michael Bothe, für den der Begriff „Krieg“ seit der Erwähnung in der UN-Charta vor sechzig Jahren keine Bedeutung mehr habe. Das sei, so Bothe, nicht mehr als „juristische Lyrik“. Bothe: „Auch die Genfer Konventionen vermeiden den Begriff seit 1949 bei der Bestimmung ihres Anwendungsgebietes.“ Die einzig völkerrechtlich relevanten Begriffe seien der international bewaffnete Konflikt und der nicht-internationale bewaffnete Konflikt. Auf organisierte Gewalt, die unterhalb der Schwelle des bewaffneten Konflikts liegt, sei das Recht der Genfer Konventionen nicht anwendbar. Nur in einem bewaffneten Konflikt sei es erlaubt, militärisch relevante Ziele zu zerstören und feindliche Kämpfer gezielt zu töten. Nach bisheriger politischer Rhetorik, vertreten durch den gerade abgelösten Verteidigungsminister Franz Josef Jung, sind die aktuellen Operationen der Isaf in Afghanistan ein nicht-internationaler bewaffneter Konflikt. Denn die Taliban seien keine Regierungs-, sondern eine Bürgerkriegspartei. Sollte einer von ihnen in die Hände der Gegner fallen, würde er nicht den Status eines Kriegsgefangenen mit den einschlägigen Rechten einfordern können.

stärkste Macht in der Region bleiben, sollte **Obamas** Angebot ausgelotet werden, „im Tandem mit Europa, Russland, mit allen Staaten in der Region“ zusammenzuarbeiten. Zu den dringlichen Voraussetzungen gehört aber die unvoreingenommene Bestandsaufnahme erbrachter Leistungen und ihrer Wirkungen.

III. Entscheidungen gegenüber Israel

1.

„Wir haben niemals ein hartes und ehrliches Gespräch mit den Israelis über die Siedlungstätigkeit geführt“ und seien zu nachsichtig und fügsam gegenüber dem palästinensischen Terror gewesen, hat **Aaron David Miller** (2005) bekannt und später hinzugefügt: „Wir können Israel kein Veto über unsere Verhandlungspositionen einräumen“ (2008). Mit dieser Aufforderung traf er die Tonlage zweier anderer US-amerikanischer Diplomaten und Politikberater, für die die Außenpolitik nirgendwo anders als in Washington formuliert werden darf (Kurtzer and Lasensky). Im Gegensatz zu Frankreichs Initiativen springen die deutschen Nachholbedürfnisse hier ins Auge.

2.

Der neue Schwung, den **Obama** für die Nahost-Diplomatie angekündigt hat, bietet die Chance zum Schulterchluss mittels begleitender Aktionspläne bei Wahrung der Selbständigkeit zur Implementierung jener konfliktbezogenen Abschlussregelungen, die international längst bekannt sind. Dabei dürfte sich herausstellen, dass der Ausgleich mit Hamas und deren Rückführung in die gesamtpalästinensische Politik weniger schwierig sein wird als die israelische Räumung großer Teile der Westbank und Ost-Jeruselems.

Denn gegen sie ist die Siedler-Szene mit planvollen und raffinierten Methoden der „elastischen Geographie“ (kritisch Eyal Weizman) und der „Entführung der israelischen Gesellschaft“ (Avraham Burg) sowie

die streng religiöse Orthodoxie – die „Haredim“⁹ – in ihrem Kampf gegen das zionistische Vorhaben der demokratischen und rechtsstaatlichen Moderne erfolgreich zu Felde gezogen; gemäß einer Promotionsarbeit an der Bar-Ilan University würde die Hälfte der in Städten lebenden nationalreligiösen Juden das Recht von Soldaten unterstützen, sich Befehlen zur Räumung von Siedlern zu widersetzen (Nadav Shragai). Beide Blöcke haben den Primat der offenen Gesellschaft Israels genutzt, Schlüsselpositionen in staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen zu besetzen. Wie bei Hamas verfügen Siedler und Orthodoxie über ein dicht geknüpftes Netz von Agenturen und weitverzweigten Filialen (Ehud Sprinzak and Larry Diamond; Dov Waxman).

Das säkulare Israel ist mittlerweile so schwach, dass es sich gegen die Herausforderung seitens der Orthodoxie, als „Esel des Messias“ missbraucht zu werden, nicht mehr wehren kann: Solange es sich zur Erlösung des Volkes Israel in den Dienst nehmen lässt, sind die „Haredim“ bereit, ihm den Unglauben nachzusehen (Seffi Rachlevsky 1996; Reiner Bernstein 2000). Die Begleitumstände beim Besuch des US-Nahostgesandten **Robert J. Mitchell** Ende Januar 2009 durch den „Rat der Siedlungen in Judäa, Samaria und Gaza“ in der Kampagne „Ein palästinensischer Staat wird uns um die Ohren fliegen“ (Efrat Weiss) lieferte einen Vorgeschmack auf bevorstehende Spannungen, sollten von der Politik aus dem offiziellen Bekenntnis zur Zweistaatenoption tatsächlich angemessene Konsequenzen absehbar sein. Eher dürfte Hamas zehnmal durch das sprichwörtliche Nadelöhr gehen, bevor eine einzige Siedlung in der Westbank tatsächlich aufgelöst wird.

⁹ „Haredim“ ist der Name der „Gottesfürchtigen“ (Gen. 66,2). Damit sind die ultraorthodoxen Juden gemeint, die im Gegensatz zur modernen Orthodoxie, die bis in die 1970er Jahre vor allem in der Nationalreligiösen Partei (Akronym *Mafdal*, NRP) ihre politische Heimat fand, darauf achteten, dass strikte Standards der religiösen Observanz eingehalten werden. Der an der Bar-Ilan Universität lehrende Soziologe Menachem Friedman hat für sie das Wort „precision without compromise“ gefunden.

3.

Die europäische und deutsche Politik muss der politischen Diplomatie gemäß der Maxime „Sicherheit durch Frieden“ statt „Frieden durch Sicherheit“ auf diplomatisch-operativem Feld mehr Gewicht einräumen. Dafür muss man nicht den Nachweis des politischen Charismas erbringen, sondern es reicht aus, ernsthaft auf den Sachverstand der einschlägigen Beratergremien zurückzugreifen. Dass die umgekehrte Rangfolge gescheitert ist, haben die Folgen des Wahlslogans von **Ariel Sharon** Anfang 2001 „Lasst die Waffen siegen“ belegt, der dessen ungeachtet in **Benjamin Netanyahus** Variante der militärische „Stärke“ wiederholt wird; beliebt ist in rechten Kreisen die Empfehlung „Was nicht mit Gewalt geht, geht mit mehr Gewalt“. Ihr Kehrreim soll dem Likud zum Wahlsieg führen, während die neue US-Administration noch darüber nachdenkt, mittelfristig den Prioritäten eines „*smart power approach*“ mehr Aufmerksamkeit zu schenken: Konzentration auf eine zielführende Diplomatie, Einsatz deutlich ergebnis- und adressatenorientierter Entwicklungshilfe. In Zukunft muss es mehr denn je um den Abschied von einem problematischen Etatismus und um die Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen gehen.

4.

Die Einsichten **Olmerts** vom Herbst 2008 – und im Blick auf eine Teilung der Souveränität in Jerusalem Anfang März 2009 bestätigt –, dass der Staat Israel nur durch den Rückzug aus den palästinensischen Gebieten und der dortigen Schaffung des Staates Palästina Frieden mit der dortigen Bevölkerung schließen könne, sollten diplomatische Nachspiele auslösen. Als der Ministerpräsident den Staat Israel bei Fortsetzung der Besatzung als „erledigt“ bezeichnete, erinnerten seine Warnungen an einen Begriff, den **Arafat** 1988 bei seiner Absage an jene Klauseln der PLO-Charta verwendete, die auf die Zerstörung Israels abzielten: „caduc“.

5.

Die Klage über „[d]ie leidende Zivilbevölkerung (die) unser Mitgefühl (hat und braucht)“, reicht nicht aus, zumal wenn sie an einseitige Schuldzuweisungen gekoppelt wird¹⁰. Das gleiche Ungenügen gilt für die erklärte Beschränkung, es beim Zuhören zu belassen und sich orientieren zu wollen. Beides spiegelt einen Handlungsansatz wider, der sich mit einem selbstauferlegten Krisenmanagement aus der Ferne zu begnügen bereit ist. Gleiches Erstaunen löst die Vorstellung aus Kreisen der israelischen bürgerlichen Linken aus, wonach der Wahlsieg **Netanyahus** „das wahre Gesicht der [israelischen] Nation seinen Bürgern und dem Rest der Welt einschließlich der arabischen Länder aufdecken“ und die „Maskerade ...endgültig ein Ende haben“ würde (Gideon Levy) – als ob es dieses Nachweises noch bedürfte.

6.

Diese Ausgangslage findet in der Fortsetzung der massiven Finanztransfers an die Palästinensische Autonomiebehörde ihren Ausdruck, deren öffentliche Sympathiewerte jedoch vor allem von nachhaltigen Zugeständnissen abhängen. Zudem lassen sich die internationalen Finanzausschüsse auf Dauer nur dann rechtfertigen, wenn in Ramallah und in Gaza der politische Versöhnungsprozess erkennbar vorangetrieben wird. Ein solches Bemühen ist auch von prominenten Palästinensern eingefordert worden (Ghassan Khatib 2009.3), stockt aber selbst nach der Verständigung zwischen Fatah und Hamas Anfang März 2009 in Kairo. Dabei würden positive Ergebnisse auch gewachsene internationale Zweifel an der palästinensischen Reife für den eigenen Staat zerstreuen. Da jedoch die Flügelkämpfe bei Hamas nicht ausgestanden sind, setzt sich

¹⁰ So Frank-Walter Steinmeier in der Nahost-Debatte des Bundestages am 14.01.2009. In derselben Debatte sah sich der außenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion Werner Hoyer zu der Bemerkung herausgefordert, dass „[a]n wechselseitigen Schuldzuweisungen, am Aufrechnen in der Vergangenheit schon fast alles gescheitert (ist), was zum Frieden hätte führen können“. Der Außenpolitiker der SPD-Fraktion Rolf Mützenich warnte vor „Schwarz-Weiß-Bilder[n]“. Die Situation sei „leider grau“ und habe „ganz unterschiedliche Facetten“.

weltweit der Eindruck fest, dass die Qualität ihrer politischen Reife zu wünschen übrig lässt.

7.

Die deutsche und die europäische Politik müssen darauf dringen, dass Israel seine „vier Neins“ überdenkt und zur Disposition stellt: keine Rückgabe Ost-Jerusalems, kein Rückzug aus dem Jordantal, keine Rückkehr zu den Grenzen von 1967 und keine, selbst symbolische Aufnahme palästinensischer Flüchtlinge, wie sie in Artikel 7 Ziffer 4 der israelisch-palästinensischen Genfer Initiative vorgeschlagen worden ist.

8.

Die europäische Politik ist aufgefordert, sich von der nach 1967 in Israel entwickelten Völkerrechtstheorie zu distanzieren, die vor allem auf den nachmaligen UN-Botschafter **Yehuda Z. Blum** zurückführt. Danach seien die palästinensischen Gebiete entweder „terra nullius“, oder der Staat Israel habe auf die „Wiege der jüdischen Zivilisation“ (gemeint sind „Judäa und Samaria“ und die Altstadt von Jerusalem) im Falle von Verhandlungen einen vorrangigen Anspruch. Noch im Mai 2001 war in einer Mitteilung des Auswärtigen Amtes in Jerusalem zu lesen, dass

„(p)olitisch die Westbank und der Gazastreifen am ehesten als [ein] Territorium betrachtet werden, über das es konkurrierende Ansprüche gibt, die in Verhandlungen des Friedensprozesses gelöst werden sollten. Israel hat gültige Titularansprüche in diesem Territorium, die nicht nur auf einer historischen und religiösen Bindung an das Land und seine anerkannten Sicherheitsbedürfnisse gründen, sondern auch auf dem Faktum, dass das Territorium nicht unter der Souveränität eines Staates stand und in einem Krieg der Selbstverteidigung, der ihm aufgezwungen wurde, unter israelische Kontrolle geriet.“

Ende 2009 bestätigte der stellvertretende Außenminister **Danny Ayalon**, dass es sich bei der Westbank um „disputed territories“ handele¹¹. Beim Treffen mit **Netanyahu** Anfang März 2009 in Jerusalem soll es die neue US-Außenministerin **Hillary Clinton** nach Medienberichten vermieden haben, den Begriff „besetzte“ Gebiete zu verwenden. Dass Israel nach dem Abzug seiner Soldaten und der Rückführung von sechstausend Siedlern aus dem Gazastreifen an diesem Grundsatz des Souveränitätsvorbehalts festhält, hat die umfassende Kontrolle dieses Territoriums zu Lande, aus der Luft und seeseitig belegt. Auch die Operation „Gegossenes Blei“ hat keine Diskussion über eine mögliche Verletzung von Hoheitsrechten in Gang gesetzt wie die Drohungen seit der Waffenruhe, im Falle des weiteren Raketenbeschusses militärisch erneut einzugreifen.

Noch viel eindeutiger ist aus israelischer Sicht der Anspruch im Osten: Für die Westbank und für den arabischen Teil Jerusalems sieht sich der israelische Rechtsvorbehalt durch **König Hussein** Verzicht auf die jordanische Souveränität im Sommer 1988 bestärkt: Der PLO fehlte die Anerkennung als Völkerrechtssubjekt, um das entstandene Vakuum zu schließen (Reiner Bernstein 2006). Die innerpalästinensischen Auseinandersetzungen sind alles andere als hilfreich, Versäumtes nachzuholen und Vorenthaltendes auszugleichen. Nicht von ungefähr ist daran erinnert worden, dass sich der jordanische Monarch „nie wirklich“ aus der palästinensischen Politik zurückgezogen habe (Rana Sabbagh-Gargour) – eine kaum zu überhörende Aufforderung an seinen Sohn **Abdullah II.**, ihr angesichts der wachsenden Stärke der Moslembroderschaft im eigenen Land größere Aufmerksamkeit zu widmen. Bei einer internationalen Konferenz an der Al-Quds University in Abu Dis Ende November 2008 wurde der frühere jordanische Ministerpräsident **Abdel Salam al-Majali** mit höchster Ehrerbietung begrüßt (Reiner Bernstein 2008).

¹¹ Danny Ayalon: Israel's Right in the 'Disputed' Territories, in „The Wall Street Journal“ 30.12.2009.

Obwohl Israel die Vierte Genfer Konvention schon im Juli 1951 ratifiziert hat, sind ihre Bestimmungen nicht in israelisches Recht übergegangen. Die Ratifizierung des Genfer Zusatzprotokolls von 1977 über internationale bewaffnete Konflikte blieb aus. Nach vorherrschender israelischer Rechtsauffassung sei sie nicht nötig, weil *per definitionem* besetzte Gebiete angesprochen seien (kritisch Eyal Benvenisti). In Europa hat die Übernahme dieser Interpretation dazu beigetragen, dass die Verletzung von grundlegenden Menschenrechten in den palästinensischen Gebieten nicht hinreichend thematisiert worden ist. Dagegen wird zwischen – vermeintlich legitim errichteten – Siedlungen und illegalen Außenlagern („outposts“) abgestuft; auch in den USA gilt Ähnliches (Lee H. Hamilton).

Anfang Februar 2008 zitierte „Haaretz“ aus einem Papier des Verteidigungsministeriums, wonach die Bewohner des größten Außenlagers der Siedler von Migron fünf Kilometer nördlich Jerusalems, das geräumt werden solle, in zwei oder drei Jahren eine neue Siedlung östlich der „Trennungsmauern“ erhalten würden (Akiva Eldar 2009.2)¹². Dem genannten Rechtsvorbehalt über die palästinensischen Gebiete ist die Differenz zwischen den 120

¹² Eyal Weizman (s. Literaturverzeichnis) schildert für die Entstehung der Siedlung Migron die folgende Geschichte: Siedler führten beim israelischen Militär über die schlechte Empfangsqualität ihrer Mobiltelefone auf der Straße in den Norden der Westbank Klage, worauf die Telefongesellschaft „Orange“ eine Antenne auf einem Hügel platzierte, nachdem dieser zuvor mehrfach und ohne Erfolg zum Bau einer Siedlung auserkoren worden war. Jetzt stellten zwei junge Männer einen Wohncontainer auf, so dass die Antenne als Teil des Konzepts zu ihrer Sicherheit „verkauft“ werden konnte und um zu verhindern, dass bei den palästinensischen Bauern – Eigentümern von Feigen- und Olivenbäumen – die Enteignungserlaubnis eingeholt werden musste, zumal da die Anlage auch dem Militär zugute kam. Die Behörden für Elektrizität und Wasser schlossen die Bewohner an ihre Versorgungsnetze an, und allmählich entstand um die Antenne herum jene Siedlung, die unter dem Namen Migron bekannt geworden ist. Am 06.07.2009 meldete die „Jerusalem Post“, dass die Regierung den Bewohnern von Migron ein Jahr Zeit lassen will, die Siedlung zu verlassen. Amos Harel machte am 10.07.2009 in „Haaretz“ darauf aufmerksam, dass Migron auf privatem palästinensischem Boden errichtet worden sei, den sich Siedler auf betrügerische Weise angeeignet hätten. Harel fügte hinzu: „Behind every settlement action there is a planning and thinking mind that has access to the state’s database and maps, and help from sympathetic officers serving in key positions in the IDF [Israel Defense Forces] and the Civil Administration.“

Siedlungen mit rund 290.000 Bewohnern – Ost-Jerusalem nicht eingerechnet – und den mehr als vierzig Außenlagern fremd. Der Begriff „illegal“ trifft nur insofern zu, als einem Außenlager auch nachträglich die reguläre Bewilligung verweigert worden sein mag.

Wenn nach einer jüngeren Analyse 75 Prozent der Siedlungen schon im Anfangsstadium ohne eine zureichende Genehmigung errichtet worden sind, und zwar zu mehr als dreißig Prozent auf privatem palästinensischem Land, und wenn die Website des Auswärtigen Amtes behauptet, dass *„Israels Handlungen in Bezug auf die Nutzung und die Zuteilung von Grund und Boden unter strikter Beachtung der Gesetze und Normen des internationalen Rechts erfolgen ... und Israel kein Privatland für die Errichtung von Siedlungen enteignet hat“* (kritisch Uri Blau), dann ist die Bedrohung der Demokratie durch einen „Eliten-Illegalismus“ nachvollziehbar, die **Ehud Sprinzak** beschwor.

9.

Die vereinbarte Aufwertung der europäisch-israelischen Beziehungen sollte an substantielle Fortschritte der Politik Israels gegenüber den legitimen nationalen Interessen der Palästinenser gebunden werden. Der Prozess muss, hat **Werner Hoyer** im Bundestag ausgeführt, vom Ergebnis her definiert werden¹³.

IV. Entscheidungen gegenüber den Palästinensern

1.

Für Hamas sollten Anreize geschaffen werden, sich offiziell und endgültig von den drei Absagen der Arabischen Gipfelkonferenz von

¹³ So der außenpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion in der Nahost-Debatte des Bundestages am 14.01.2009. Nach dem Wiedereinzug als Staatsminister im Auswärtigen Amt mit den Zuständigkeiten für die Politische Abteilung und die Europa-Abteilung sei Hoyer auch von parteipolitischen Gegnern als die Idealbesetzung bezeichnet worden (Wulf Schmiere in FAZ 08.11.2009, S. 12).

Khartum im August 1967 – keine Anerkennung Israels, keine Verhandlungen mit Israel und kein Frieden mit Israel – zu verabschieden, die sich im religiösen Gewand der Hamas-Charta wiederfinden. Eine solche Entscheidung wird allerdings nur dann Früchte tragen, wenn die Sanktionen gegen den Gazastreifen aufgehoben werden und Hamas dadurch ihr ideologisches und aktivistisches Rekrutierungsreservoir verliert. Indem **Tony Blair** die „Einbeziehung“ von Hamas in den „Prozess“ befürwortet hat, sie aber an die Absage an die Gewalt und die Anerkennung Israels knüpft, nahm er ein Ergebnis vorweg, das er Israel offenbar nicht zumutet: gemäß dem Bekenntnis zur Zweistaatendoktrin operative Schritte zu ihrer Umsetzung zu verlangen.

2.

Nach der jahrzehntelangen wirtschaftlichen Missachtung und der infrastrukturellen Vernachlässigung des Gazastreifens durch Israel (Sara Roy) belasten die international orchestrierten Sanktionen gegen Hamas die Lebensbedingungen der palästinensischen Bevölkerung einmal mehr. Es sollte verstanden werden, dass sie damit im Ergebnis förmlich in die Arme der Islamischen Widerstandsbewegung als der einzigen oppositionellen Kraft gegen fremde Interventionen getrieben worden ist.

3.

Hamas ist inzwischen weit mehr als eine homogene Terrororganisation. Vielmehr hat sie in weiten Teilen der palästinensischen Öffentlichkeit Anerkennung und Legitimität erlangt: „*Hamas is part of our social fabric, social network,*“ hat schon 2007 der zu Fatah gehörende Vorsitzende des Politischen Ausschusses des „Palestinian Legislative Council“, **Abdullah Abdullah**, eingeräumt. Auch in liberal-konservativen Kreisen Israels werden inzwischen Gespräche mit Hamas als eine „unvermeidlich Entwicklung, die beträchtliche taktische Vorteile mit sich bringen könnte“, eingestuft (Yossi Alpher 2009.1). Alle Versuche, Hamas als religiös-nationalistische Opposition dauerhaft ausschalten zu wollen,

sind nicht nur kurzfristig, sondern auch gefährlich, weil ihr Einfluss weit in die Westbank hineinreicht (Walid Salem) und aus einer israelischen Sicht zu befürchten stehe, dass bei den nächsten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen Hamas als Sieger hervorgehen könnte (Yossi Alpher 2009.2). Nach der Abdankung der PLO von ihrer Hegemonie, die sich spätestens mit dem Tod **Arafats** im November 2004 abzeichnete, würde eine dauerhafte Marginalisierung von Hamas das Machtvakuum weiter vertiefen und Israel ermutigen, seine strategischen Interessen ungehindert durchzusetzen. Ohne palästinensische Einheit kein Frieden, hat **Bashar Assad** betont („Der Spiegel“ 2009.2), womit er zweierlei kundtat: Er unterstützte die beharrlichen Bemühungen Ägyptens um den Dialog zwischen Hamas und Fatah und entfernte sich von extremistischen Tönen des in Damaskus residierenden **Khaled Meshal**, den er andererseits als Druckmittel gegen Israel gewähren lässt.

V. Vom „Peacemaking Discourse“ zum „Statebuilding Discourse“

Obgleich die Überwindung des israelisch-palästinensischen Konflikts alles andere als aussichtslos ist, sind die bisherigen Friedenspläne an gravierenden Versäumnissen, erstaunlichen Unterlassungen und problematischen Sympathien und Loyalitäten gescheitert. Zu den Folgen gehört mittlerweile der immer häufigere Zweifel am Zweistaatenkonzept unter hochrangigen US-Diplomaten (zuletzt Richard N. Haass and Martin Indyk), obwohl nach übereinstimmender Auffassung die Umsetzung der Idee des gemeinsamen jüdisch-arabischen Staates auf die Fortsetzung des Konflikts mit unabsehbaren Folgen der Eskalation und des Blutvergießens hinauslaufen würde.

Die Implementierung des proklamierten Endstatus widerspricht nicht der Klärung der bekannten zentralen Topoi in abgestimmten Schrittfolgen, sofern der Regelungshorizont gewahrt bleibt.

Bereits vor seiner Ernennung zum Sonderbotschafter für den Nahen Osten hat **Mitchell** die Richtung formuliert, auf die sich Israelis und Palästinenser einstellen sollten; „unser gutes Leben mit Bush ist vorüber“, prognostizierte „Haaretz“ (Yoel Marcus). In einem Vortrag in Tel Aviv verwies **Mitchell** am 28. Dezember 2008 vor dem „Institute of National Security Studies“ auf die Parallelitäten unterhalb der nationalen Asymmetrie mit dem Satz:

„Ich glaube, dass niemand sein Ziel dadurch erreichen kann, dass er die Ziele der anderen Seite leugnet.“

Im Mai 2001, als **Mitchell** die Ergebnisse seiner „Fact Finding Commission“¹⁴ vortrug – so ist später berichtet worden –, sei sich Washington sicher gewesen, dass die Empfehlungen zur Überwindung der Gewalt und zur Einstellung des Siedlungsbaus so überzeugend seien, dass sich die Administration für ihre Umsetzung nicht weiter verwenden müsse (Zvi Bar’el). Zusätzlich haftete dem Bericht der „strukturelle Makel aller US-Interventionen“ an: dass er die Last des Fortschritts für Frieden und palästinensische Staatlichkeit allein dem „Volk der Besatzer“ aufbürdete, während er die Verpflichtungen der „Besatzungsmacht“ auf später vertagte (Mouin Rabbani and Chris Toensing; Ghassan Khatib). Tatsächlich war an keiner Stelle von der Beendigung der Besatzung die Rede.

¹⁴ Gemeint ist der sog. Mitchell-Report, der mit einem System vertrauensbildender Maßnahmen auf der Gipfelkonferenz in Sharm el-Sheikh im Mai 2001 präsentiert wurde. Zu der Kommission, die Bill Clinton am 07.11.2000 berufen hatte, gehörten unter dem Vorsitz des früheren Senators Robert J. Mitchell (D-Maine) der ehemalige türkische Präsident Suleyman Demirel, der norwegische Außenminister Thorbjørn Jagland, der EU-Außenbeauftragte Javier Solana und der frühere US-Senator Warren Rudman (R-New Hampshire).

Für den Nachweis politischer Führung sind deshalb für den Beraterkreis von **Obama** vier fundamentale Herausforderungen formuliert worden,

- ob der Nahe Osten auch künftig fast ausschließlich durch das Prisma des Krieges gegen den Terrorismus betrachtet werden müsse,
- ob die Blindheit gegenüber der israelischen Siedlungspolitik das Zweistaatenkonzept beeinträchtige,
- ob erkannt werde, dass die israelische Blockade des Gazastreifens seine Bevölkerung radikalisiere und das US-Interesse an der Stärkung der moderaten Palästinenser unterminiere, und
- ob die US-Politik besser daran täte, sich auf die innerpalästinensische Versöhnung auszurichten, ohne die der Endstatus-Frieden nicht möglich sei.

Diese Fragen, so lautete die Schlussfolgerung, würden nichts an den Verpflichtungen der USA gegenüber der Sicherheit Israels ändern, aber die Antworten würden signalisieren, ob der schädliche Konsens der abgelaufenen Ära, wonach Israel nichts Schlechtes tun könne, überwunden werde (Robert Cohen).

Eine fünfte Herausforderung lässt sich für die israelische Innenpolitik als herausragendes Desiderat für das künftige Verhältnis gegenüber den Nachbarn mühelos anfügen: Solange die arabisch-palästinensische Bevölkerung Israels auf einen staatsbürgerlichen Sekundärstatus verwiesen ist, bleiben die politischen Glaubwürdigkeitsdefizite gegenüber den Palästinensern in der Westbank, in Ost-Jerusalem und im Gazastreifen evident – da ist der Regierungsantritt einer rechtskonservativen Koalition nach dem 10. Februar 2009 mit den befürchteten Konsequenzen für das Zusammenleben von Juden und Arabern in Israel noch gar nicht

eingerechnet. Letzteren geht es längst um mehr als um die Integrität ihrer Lebensräume, um gerechte soziale Dienstleistungen und um bessere Bildungschancen: Ihr Verlangen nach politischer Autonomie speist sich aus dem Erstarren des Nationalismus im jüdischen Bevölkerungsteil, für den der unaufhaltsam erscheinende Aufstieg von **Avigdor Lieberman** das bedrohlichste Exempel bietet. Seine Anhänger scheuen nicht davor zurück, vor der Fernsehkamera „Tod den Arabern“ zu skandieren – ohne dass sich die ansonsten allgegenwärtigen Sicherheitsdienste zum Einschreiten genötigt sehen oder gar Anklage vor Gericht erhoben wird. Selbst die zur Vernunft mahnende Kompromissformel, wonach Israel der Staat des jüdischen Volkes und aller seiner Bürger sein müsse (Akiva Eldar 2009.3), stößt auf vehemente Ablehnung, obwohl sie ein politischer Ausweg aus der endlosen Diskussion um den Charakter Israels wäre, wie **Shlomo Avineri** im Rückblick auf **Theodor Herzls** Novelle „Altneuland“ aus dem Jahr 1902 unterstreicht (Shlomo Avineri). Doch solange er nicht begangen wird, werden immer häufiger Befürchtungen laut werden, dass sich die Zweistaatenregelung am jüdisch-arabischen Verhältnis in Israel entscheiden werde (Einat Wilf).

Sarkozys Eingeständnis, dass zuviel Zeit verloren sei und zu viele Chancen vergeudet wurden¹⁵, sollte den Ausgangspunkt für die Neubestimmung der europäischen Nahostpolitik bilden. Was **Steinmeier** zur Gestaltung der Beziehungen zu Russland angemerkt und was die neue US-Außenministerin **Hillary Clinton** im Februar 2009 mit dem epochemachenden trilateralen Dialog mit Pakistan und Afghanistan in die Wege geleitet hat, gilt auch für die Nahostregion: Die Rolle des abwartenden Beobachters reicht nicht aus. Wenn die politische Integration unter den 27 EU-Mitgliedstaaten auf sich warten lässt, sollte die von **Joschka Fischer** (2000) vorgetragene Idee eines europäischen „Gravitationszentrums“

¹⁵ So Nicolas Sarkozy am 18.01.2009 in Jerusalem bei der gemeinsamen Pressekonferenz mit Ehud Olmert.

weiterentwickelt werden, sofern es sich nicht als exklusive Avantgarde verstehe, sondern für alle mitwirkungswilligen EU-Staaten offen sei.

Ob allerdings im Blick auf den israelisch-palästinensischen Konflikt gegenwärtig Deutschland ein überzeugender Kandidat für den Einstieg in diesen Quantensprung ist, darf nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre bezweifelt werden. Und ohne Deutschland und Frankreich geht in der Europäischen Union nichts. Zwar hat **Fischer** (2008) die Idee von den zwei Geschwindigkeiten in Europa mit dem Vorschlag einer „Avantgarde aus einigen Staaten“ erneuert. Doch im Vergleich zu den genannten US-amerikanischen Diplomaten, Experten und Kommentatoren nimmt sich sein wenig später vorgenommener Rückgriff auf die parteiübergreifende Solidarität mit Israel, die Teil der deutschen Staatsräson geblieben sei, seltsam hausbacken aus und würde „eine einheitliche europäische Haltung“ geradezu verhindern. Die Empörung **Fischers** (2009.1) über den „gegenwärtige(n) chaotische(n) Auftritt“ der Europäer ist nur nachvollziehbar, wenn man seine Sorgen um die tiefe Kluft zwischen den Regierenden und den Regierten ernst nimmt. Doch politisch greift sie zu kurz: Der Graben kann nur von der angemahnten „Staatskunst“ überwunden werden, die bei ihm jedoch über die Absage an den Terrorismus (als ob sie strittig wäre!) und über den Widerhall der bekannten Forderung nicht hinauskommt, endlich auf „Fortschritte bei der Zweistaatenlösung“ zu dringen.

Entgegen wohlmeinenden Ermutigungen (Dan Jacobson) sollte Europa nicht auf die Idee verfallen, internationale Truppen mit dem Ziel stationieren zu wollen, die gewaltsam streitenden Parteien zu trennen. Dies ist auch dann kein guter Vorschlag, wenn sie ohne US-Beteiligung zusammengestellt würde, aber unter dem Kommando eines US-Generals stünde. Sie solle in den palästinensischen Gebieten stationiert werden, den Abzug der Siedler überwachen und für Sicherheit sorgen (Gershon Baskin [2]). Eine solche Konstruktion wäre allenfalls dann von temporärem Gewicht, wenn sie die

Zustimmung der israelischen Regierung vorweisen könnte, damit die strukturellen Bedingungen für die Schaffung des Staates Palästina vorzubereiten und zu erleichtern. Gleiches gilt für Überlegungen einer internationalen Treuhandschaft (Naomi Chazan). So erwägenswert solche Vorschläge in akademischen Zirkeln sein mögen, so wohnen ihnen bislang zu viele Imponderabilien inne, die in der Konstitution des Konflikts eingelagert sind – und sie nähren den Verdacht, dass solche Militäreinsätze die internationale Unfähigkeit kaschieren sollen, sich auf politische Lösungen zu verständigen. Im Dezember 2008 antwortete der damalige Oppositionsführer **Netanyahu** auf die Frage eines Botschafters nach der Stationierung einer internationalen Truppe die Gegenfrage: „Sie sind bereit, Soldaten zu schicken, damit sie gegen Hamas kämpfen?“ Die Befürchtung ist nicht von der Hand zu weisen, dass israelische Soldaten, die von rabbinischen Autoritäten zur Verweigerung im Falle der Auflösung von Siedlungen ermuntert worden sind, nicht davor zurückschrecken würden, Angehörige jener internationalen Truppe unter Beschuss zu nehmen. Hinzu kommt, dass sich der harte Kern der Siedler selbst für den Fall eines robusten UN-Mandats gegen ihre Evakuierung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, zu denen der Einsatz von Waffen gehört, wehren würden.

Jede „von außen aufgezwungene Lösung“ (affirmativ Joschka Fischer 2009) wird scheitern, deshalb ist davor gewarnt worden (Richard N. Haass and Martin Indyk). Das jüngste Beispiel bieten die Erträge des zweiten Libanon-Krieges: Trotz der UN-Resolution 1702 ist die Hisbollah heute militärisch und politisch stärker als 2005, weil die Konfliktparteien vor Ort immer Mittel und Wege finden werden, auswärtige Interventionen offen oder verdeckt zu unterlaufen. Der jüngste „Erfolg“ dieser Art war die Torpedierung einer französischen Initiative, die Europäische Union zu Gesprächen über eine palästinensische Einheitsregierung zu ermutigen, durch die israelische Diplomatie, die dabei wieder einmal auf den deutschen Beistand zählen konnte (Barak Ravid).

Dass sich **Obama** mit jüdischen Beratern umgeben hat, ist in Israel auf Befürchtungen gestoßen, dass „(w)ir es mit Juden um den nächsten Präsidenten zu tun haben, die sehr, sehr die gesamte Siedlungspolitik Israels in Judäa und Samaria ablehnen“ (Tamar Yonah). Sie dürften aufgrund ihrer emotionalen und personalen Bindungen an Israel am ehesten der aus den 1970er Jahren stammenden Aufforderung „Israel vor sich selbst zu retten“ (George W. Ball) zuneigen. Aber auch ihnen dürfte klar sei, dass sich Israelis und Palästinenser keinen Frieden aufzwingen lassen. Zum anderen fällt auf, dass in jüngsten Buchveröffentlichungen hochrangige US-Diplomaten und Angehörige des State Department die Rolle Europas im Nahen Osten überhaupt nicht oder höchstens am Rande erwähnen¹⁶. Werden die europäischen Politiker nicht ernst genommen, weil sie sich gegebenenfalls erst dann zu politischem Realismus offen bekennen, wenn sie aus dem Amt geschieden sind? Auch **Blairs** späte Zweifel (als Nahost-Sondergesandter des „Quartetts“!), ob die Beteiligung seines Landes am Irak-Krieg richtig gewesen sei, gehört in diese Kategorie früherer Versäumnisse und Fehltritte. Verantwortung sieht anders aus.

Wenn das Prinzip des Dialogs mit dem Feind Gültigkeit beanspruchen will, kann Hamas von ihm nicht ausgeschlossen werden, zumal da sie in der palästinensischen Bevölkerung über eine Trumpfkarte verfügt, die längst verloren hat: die Anerkennung als politische Kraft, die Israel Paroli bietet. Derzeit trifft sich Hamas mit einem Ministerpräsidenten **Netanyahu** im Hang zur Bedenkenlosigkeit beim Einsatz ihrer Mittel. Doch obwohl eine Domestizierung der Islamischen Widerstandsbewegung vorgezeichnet sein dürfte, reduziert sich die Hoffnung des israelischen Sängers **Aviv Geffen** auf Wunschdenken, dass der Frieden vor der Tür stehe. Mehrere Kommentatoren haben vor dem

¹⁶ Ich beziehe mich besonders auf die im Literaturverzeichnis genannten Veröffentlichungen von Daniel C. Kurtzer / Scott B. Lasensky; Aaron David Miller, Martin Indyk und Dennis Ross.

10. Februar 2009 keinen Zweifel daran gelassen, dass sie **Netanyahu** vertrauen – seiner Ideologie und politischen Absichten, die sie (wie der liberal-konservative Wirtschaftsjournalist **Nehemia Strasler**) durchgängig als beängstigend und gefährlich ausmachten: „**Bibi**“ beabsichtige nicht, auf einen Millimeter in der Westbank zu verzichten, sondern rund fünfzig Prozent zu annektieren und einige Städte und Landstriche in eine begrenzte Autonomie zu entlassen. **Aaron David Miller** lässt in seinem Buch „The Much Too Promised Land“ seinen ehemaligen Amtschef **James Baker** mit der Empfehlung zu Wort kommen, er solle sich nur weiterhin auf dem diplomatischen Nahost-Parkett tummeln, um sich seiner Sorgen vor Arbeitslosigkeit zu entledigen. Allein der neue Anlauf zwischen Hamas und Fatah unter ägyptischer Vermittlung, eine gemeinsame Regierung bilden zu wollen („Maan“), belegt einmal mehr, dass der Einfluss des politischen Westens begrenzt ist. Zu seinen großen Versäumnissen zählt es, dass er als Konsequenz der in Oslo „vereitelten Ebenbürtigkeit“ (Reiner Bernstein 2000) nicht dafür gesorgt hat, dass das palästinensische Volk zum völkerrechtlich anerkannten Souveränitätssubjekt aufgestiegen ist: Die Konstruktion und der Zustand der Autonomiebehörde sprechen eine allzu deutliche Sprache.

Die Welt wird nicht lange auf den Moment warten müssen, an dem erkennbar wird, ob auch die neue US-Administration am israelisch-palästinensischen Konflikt scheitert oder sie den Gordischen Knoten durchschlagen kann. Es wird **Obama** und seinen Beratern nicht verborgen geblieben sein, welche Richtung die Feinde des Friedens eingeschlagen haben, die auch den strategischen Interessen der USA in der Region zuwiderlaufen. Ohne die Handlungsweise Washingtons im UN-Sicherheitsrat bei der Verabschiedung der Resolution 1860 explizit zu erwähnen – die Administration wollte ursprünglich für die Resolution stimmen –, erinnerte einen Monat vor den israelischen Wahlen ein linker Neigungen nicht verdächtiger Journalist daran, dass **Ehud Olmert** nicht einmal den Streit mit **Condoleezza Rice** aus dem Wege gegangen sei, um deren

Stimmenthaltung durchzusetzen (Doron Rosenblum). Die Zeituhr gegen den Frieden läuft auf vollen Touren.

Nachwort

Die israelischen Wähler haben am 10. Februar 2009 ihre Entscheidung getroffen. Nachdem die Auszählung der letzten Stimmen, die aus den Feldlagern des Militärs einliefen, der Partei von **Tsipi Livni** den hauchdünnen Vorsprung von einem Mandat nicht streitig machte, ist die politische Rechte der Gewinner: **Benjamin Netanyahu** stehen fast alle Optionen für eine Regierungsbildung offen. Zwar braucht er mindestens zwei Koalitionspartner, doch die kann er sich aussuchen. Nur der politische Preis, den er **Avigdor Liebermans** Partei „Unser Haus Israel“ zahlen muss, steht noch nicht fest. Selbst wenn er, wie zu erwarten, hoch ausfallen sollte, wird **Netanyahu** nicht vor ihm zurückschrecken, denn er passt in sein ideologisches Konzept: keine politischen und territorialen Kompromisse gegenüber den Palästinensern bei gleichzeitig innenpolitischer Flexibilität einzugehen. Doch der Königsmacher wird ihm gegenüber sitzen. **Lieberman** bleibt mehr denn das Zünglein an der Waage, obwohl die Wahlergebnisse seinem Agitationsrausch einen kräftigen Dämpfer versetzt hatten. Washington könnte jedoch versucht sein, ihm die Einreise in die USA mit der Begründung zu verweigern, dass er Mitglied der rassistischen „Kach“-Gruppe von **Meir Kahane** war – die ebenso wie Hamas auf der Liste der 43 Terrororganisationen des State Department verzeichnet ist (Akiva Eldar 2009.4). Denn ein Kabinett mit **Lieberman** unter der Führung **Netanyahus** sei eine „schlechte Kombination für amerikanische Interessen“ in der Region (Natasha Mozgovaya 2009).

Da sich die ultraorthodoxe Partei der „Sefardischen Thorawächter“ mit **Eli Yishai** an der Spitze nicht lange zieren wird, am

Kabinetttisch Platz zu nehmen, wird auch sie ihre Bedingungen stellen, die freilich seit eh und je bekannt sind: die weitere Erhöhung der Subventionen für ihr sogenanntes Bildungssystem „Maayan haChinuch haThorani“, in dem junge Männer zum Ruhme Gottes auf die Arbeitslosigkeit vorbereitet werden. Bei den drei übrigen Parteien „United Torah Judaism“ und „Nationale Union“ mit je vier Mandaten sowie dem „Jüdischen Haus“ mit drei Abgeordneten wird es keine große Überzeugungskraft brauchen, um auch sie bei Bedarf einzubinden.

Die Aussichten **Livnis** hingegen, die neue Regierungschefin zu werden, tendieren gen Null. Zwar hat ihr kaum jemand zugetraut, den unwiderstehlich erscheinenden Aufstieg **Netanyahus** zu bremsen und **Lieberman** in die Schranken zu weisen – viele Wähler wollten seine Bäume nicht in den Himmel wachsen lassen –, aber **Livni** steht an der Spitze einer Partei, der man nach wie vor anmerkt, dass sie als Ableger des Likud entstand, so dass die Gefahr von rechtsgewirkten Abwechslern erheblich ist. Hinzu kommt, dass bei der Listenaufstellung politisch und fachlich ausgewiesene Kandidaten kaum zum Zuge kamen, so die Parteikader voll auf die Vorsitzende zugeschnitten sind, während viele künftige Mandatsträger durch Profillosigkeit glänzen beziehungsweise über kurz oder lang aus Alters- oder sonstigen persönlichen Gründen die Parlamentsbühne verlassen werden. **Ariel Sharon** konnte die Partei durch sein Charisma zusammenhalten, während **Livni** sie nur dann überlebensfähig machen kann, wenn es ihr gelingt, in der Opposition die strukturellen politischen und organisatorischen Voraussetzungen durchzusetzen.

Ansonsten wird Kadima ein ähnliches Schicksal beschieden sein, das der Arbeitspartei nach der katastrophalen Wahlniederlage droht. Der Kriegsheld **Ehud Barak** verfehlte komplett sein Ziel von zwanzig Mandaten, und seine Rolle als Parteivorsitzender dürfte eher über kurz als über lang beendet sein. Denn der Niedergang der Arbeitspartei seit dem Regierungsantritt **Menachem Begins** im Mai

1977 ist nun nicht mehr zu unterbieten. Wenn sie überhaupt noch eine politische Zukunft haben will, braucht sie politisch und personell eine Rundum-Erneuerung – und die wird so viel Zeit in Anspruch nehmen, die ihr für innovative Modelle der politischen Mitgestaltung fehlen dürfte. Aus der eigenen Sackgasse könnte sie sich möglicherweise nur dadurch befreien, dass sie auf eine organisatorische Vereinigung mit liberalen Kräften bei Kadima zusteuert. Damit würde sie zwar ihre eigenständige Vergangenheit endgültig beerdigen, aber dem Land einen großen Dienst erweisen: gemeinsam in der Opposition als Stabilitätsfaktor im zersplitterten Verhältniswahlrechtssystem Profil zu gewinnen.

Dass die Arbeitspartei bereit ist, sich in einer Regierungskoalition auf den Kampf zweier Egomane – **Barak** und **Netanyahu** – einzulassen, ist nur um den Preis des politischen Selbstmordes vorstellbar. Gleiches gilt für die Konstellation **Livni** – **Netanyahu**, wenn auch aus anderen Gründen: Die politischen Unterscheidungen zwischen „konservativ“ und „nationalistisch“ würden endgültig verschwimmen. Gleiches würde für ein Koalitionsbündnis mit **Lieberman** gelten: **Livnis** politische Glaubwürdigkeit im Blick auf Verhandlungen mit den Palästinensern wäre endgültig dahin.

Obwohl der Krieg im Gazastreifen dafür allen Anlass geboten hätte, hat es die zionistisch-bürgerliche Linke in Gestalt der „Neuen Bewegung–Meretz“ unter Führung von **Chaim Oron** nicht geschafft, sich einen auffälligen Platz in Parlamentsbetrieb zu sichern, ja sie hat gegenüber den Wahlen von 2006 noch einmal zwei Mandate verloren und sitzt mit nur mehr drei Abgeordneten in der Knesset. Als Teil einer neuen Koalition käme auch sie nur in Frage, wenn sie den endgültigen politischen Suizid nicht scheut. Dass die drei arabischen Parteien weiterhin außen vor bleiben, wird niemanden überraschen. Die Verschärfung der jüdisch-arabischen Beziehungen in den vergangenen Monaten schließt auf beiden Seiten die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mehr denn je aus.

Von einer „Lösung“ des israelisch-palästinensischen Konflikts spricht schon lange keiner mehr, und niemand wird auf die Idee kommen, aus dem Wahlausgang politische Hoffnungen zu schöpfen. Da ähneln sich das israelische und das palästinensische Tableau. Was gemeinhin und über die Jahre hinweg als „Friedensprozess“ bezeichnet wurde, erweist sich endgültig als oberflächliche Rhetorik: weder Frieden noch ein Prozess, dem Dynamik innewohnt. Mehr denn je dürften deshalb all diejenigen, die ihm endlich politische Substanz einhauchen wollen, nach Washington schauen. Wenn die Iraker in der Lage sind, allmählich selbst ihre Zukunft zu gestalten, und wenn die Annäherung zwischen den USA und Iran Früchte tragen sollte, könnte **Barack Obama** die frei gewordenen politischen und diplomatischen Kapazitäten in Regelungen dieses Konflikts investieren – wenn er denn wollte. Deshalb waren die israelischen Wahlen auch eine Warnung an ihn.

Benutzte Literatur

(Aaron David Miller 2005:) Lessons of Arab-Israeli Negotiating: Four Negotiators [Martin Indyk, Robert Malley, Aaron David Miller und Dennis Ross] Look Back and Ahead. „Middle East Institute“, Transcript April 25, 2005.

Aaron David Miller (2008.1:) The Much Too Promised Land. America's Elusive Search for Arab-Israeli Peace. New York 2008¹⁷.

Aaron David Miller (2008.2:) An Israeli-Palestinian agreement: Forget about it, in „The Jerusalem Post“ 23.11.2008.

Abdullah Abdullah in „Jerusalem Media and Communication Center“: Relations between the Two Parts of the Homeland. The Impact on Achieving National Goals, 11.09.2007.

¹⁷ Rezension des Buches in der Menüleiste „Rezensionen“ dieser Homepage.

Akiva Eldar (2009.1): Is an Israeli Jewish sense of victimization perpetuating the conflict with Palestinians?, in „Haaretz“-online 30.01.2009. Der Autor bezog sich auf die Studie von Daniel Bar-Tal und Rafi Nets-Zehngut „The Israeli-Jewish Collective Memory of the Israel Arab/Palestinian Conflict“. Bar-Tal wird als einer der international führenden Experten für politische Psychologie vorgestellt.

Akiva Eldar (2009.1): Barak okays new West Bank settlement in return for evacuation of illegal outpost, in „Haaretz“-online 04.02.2009.

Akiva Eldar (2009.2): A guide fo the perplexed leftist, in „Haaretz“-online 09.02.2009.

Akiva Eldar (2008.3): Die USA erhöhen den Druck, die Siedlungen einzufrieren, in „Haaretz“ 15.02.2009 (Hebr.).

Alfredo Märker: UNO und Völkerrecht in der Weltordnungskrise, in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ B 43/2004 vom 18.10.2005, S. 3 ff.

Aluf Benn: The noose tightens, in „Haaretz“-online 16.10.2009.

An-Najah National University, Center for Opinion Polls and Survey Studies: Results of Palestinian Public Opinion Poll No. 37 / 1-2 February [2009].

Aviv Geffen: Ich warte auf einen Palästinenser wie mich. Ein Gespräch mit dem israelischen Sänger Aviv Geffen, in „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ 06.02.2009, S. 38.

Avraham Burg: ‚We Are Such an Angry People,‘ in „Spiegel“-online 23.02.2009.

Avraham Burg et al.: Gegossenes Blei: Gespräch mit sechs Intellektuellen über den Tag danach, in „Haaretz“ 24.01.2009 (Hebräisch). An dem Gespräch beteiligten sich unter Leitung von Avraham Burg unter anderen der Philosoph und Psychoanalytiker Carlo Strenger und der Soziologe Yehuda Shenhav, die beide an der Universität Tel Aviv lehren.

Barack Obama: President Obama on Al Arabiya TV, 27 January 2009,
www.alarabiya.net/articles/2009/01/27/65087.html#004.

Barak Ravid: Israel stymies French push to lift European boycott of Hamas,
in „Haaretz“-online 27.01.2009.

Dan Jacobson: The East Timor Model, in „Palestine-Israel Journal“
15(2008)3.

Daniel C. Kurtzer and Scott B. Lasensky: Negotiating Arab-Israeli Peace.
American Leadership in the Middle East. United States Institute for Peace:
Washington, D.C., 2008¹⁸. Kurtzer sei einer der wichtigsten externen
Nahostberater von Obama (Hussein Agha and Robert Malley: How Not to
Make Peace in the Middle East, in „The New York Review of Books“
January 2009).

David Grossman: Trapped, in „Haaretz“-online 20.01.2009.

Dennis Ross: Mutual Mistrust. Cynical disbelief has become the central
roadblock to an Israeli-Palestinian peace, in „The Berlin Journal“, ed. by the
American Academy in Berlin, Fall 2008.

(„Der Spiegel“ 2009.1:) Konkurrenz der Helfer, in „Der Spiegel“ 19.01.2009,
S. 27.

(„Der Spiegel“ 2009.2:) „Wo ist der Aufschrei?“ Interview mit dem syrischen
Präsidenten Baschar al-Assad, in „Der Spiegel“ 19.01.2009, S. 77 ff.

Doron Rosenblum: Mehr „Nachbarschaftsviertel“ als Staat, in „Haaretz“-
online 16.01.2009 (Hebräisch).

Dov Waxman: The Pursuit of Peace and the Crisis of Israeli Identity:
Defending / Defining the Nation. New York 2006¹⁹.

¹⁸ Rezension des Buches in der Menüleiste „Rezensionen“ dieser Homepage.

¹⁹ Rezension des Buches in der Menüleiste „Rezensionen“ dieser Homepage.

Efrat Weiss: Yesha: Palestinian state will blow up in our face, in „ynetnews“ (englischsprachiges Internet-Portal von „Yediot Acharonot“) 28.01.2009.

(Ehud Olmert:) Nachum Barnea und Shimon Schiffer: „Ich habe mich geirrt. Ich werde mich nicht dafür rechtfertigen, was ich 35 Jahre lang getan habe.“ Interview mit Ehud Olmert, in Wochenendbeilage von „Yediot Acharonot“ 29.09.2008, S. 3-9 (Hebräisch). Gleichfalls ders.: Address of Prime Minister Olmert at the State Memorial Ceremony for Yitzhak Rabin, 10 November 2008.

Ehud Sprinzak and Larry Diamond (eds.): Israeli Democracy Under Stress. Boulder and London 1993.

Ehud Sprinzak: Elite Illegalism in Israel and the Question of Democracy, in Sprinzak/Diamond (eds.): Israeli Democracy Under Stress, S. 173 ff.

Einat Wilf: Zeit der Furcht, Zeit der Rechten, in „Süddeutsche Zeitung“ 19.02.2009, S. 2. Die Autorin verpasste bei den Wahlen am 10.02.2009 knapp den Einzug in die Knesset als Abgeordnete der Arbeitspartei. Bis 2006 gehörte sie zum Stab von Shimon Peres. Anfang 2010 ist sie als Abgeordnete der Arbeitspartei in die Knesset nachgerückt, nachdem Ophir Pines-Paz aus politischer Verzweiflung über seinen Vorsitzenden Ehud Barak sein Mandat niedergelegt hatte.

Eyal Benvenisti: The International Law of Occupation: Princeton and Oxford 1993, S. 107 ff.

Eyal Weizman: Hollow Land: Israel's Architecture of Occupation. London, New York 2007.

Genfer Initiative – Entwurf eines Abkommens über den endgültigen Status. Text des Dokuments in Reiner Bernstein: Von Gaza nach Genf. Die Genfer Friedensinitiative von Israelis und Palästinensern. Schwalbach/Ts. 2006, S. 120 ff. Der Text ist auch in der Homepage www.genfer-initiative.de verfügbar.

George W. Ball: How to Save Israel in Spite of Herself, in „Foreign Affairs“ April 1977. Der Autor war US-Botschafter bei den Vereinten Nationen und Unterstaatssekretär im State Department.

Gershon Baskin (1): Encountering Peace: Spins and lies: Gilad Schalit, Hamas and Olmert, in „The Jerusalem Post“-online 09.02.2009.

Gershon Baskin (2): Negotiating about negotiations, in „The Jerusalem Post“ 10.12.2009.

Ghassan Khatib (2009.1): Mitchell faces radical changes, in „bitterlemons“ 02.02.2009.

Ghassan Khatib (2009.2): A dangerous lurch to the right, in „bitterlemons“ 09.02.2009.

Ghassan Khatib (2009.3): The Obama effect may positively influence Palestinian dialogue, in „bitterlemons“ 02.03.2009. Der ehemalige Planungsminister im Kabinett Arafats schrieb. „The future of the national reconciliation dialogue will depend heavily on continued positive signals from Washington und Europe and [from] a continuation of the relatively positive atmosphere among the relevant Arab states that are in turn influenced by the new signals transmitted by the international community.“

Gideon Levy: Let Netanyahu win, in „Haaretz“-online 05.02.2009.

Hussein Agha and Robert Malley: How Not to Make Peace in the Middle East, in „The New York Review of Books“ 56(January 15, 2009)1. Die Autoren sprechen von den USA in der Bush-Ära als der „almost perpetually outmaneuvered superpower“.

Joschka Fischer (2000): Vom Staatenverbund zur Föderation – Gedanken über die Finalität der europäischen Integration. „Humboldt-Rede“ vom 12.05.2000.

Joschka Fischer (2008): „Ein Projekt der Selbstschwächung.“ Interview mit Joschka Fischer in „Der Spiegel“ 20.12.2008, S. 24 ff.

Joschka Fischer (2009.1): „Das ist Obamas erster Krieg.“ Interview mit Joschka Fischer in „Die Zeit“ 08.01.2009.

Joschka Fischer (2009.2): Sieben Kriege – und nichts gewonnen, in „Süddeutsche Zeitung“ 27.01.2009, S. 2.

Lee H. Hamilton: U.S. Leadership Necessary. Interview with the President of the „Woodrow Wilson International Center for Scholars“, in „Middle East Progress“ February 3, 2009. In dem Interview führte Hamilton aus: „I hope it means [making peace] the dismantlement of illegal Israeli settlement outposts, reducing checkpoints, freezing settlement construction.“
Gemeinsam mit dem früheren US-Außenminister James Baker III hatte der Autor im November 2007 den Bericht der „Iraq Study Group“ vorgelegt.

Maan News Agency: Fatah, Hamas agree to form transitional government, Cairo, 26.02.2009.

Martin Indyk: Innocent Abroad. An Intimate Account of American Peace Diplomacy in the Middle East. New York 2009²⁰.

Max Singer: Why Time is on Israel's Side: A Long-Term Perspective on Israel's Security Challenges, BESA Center Perspectives Papers No. 64, February 3, 2009.

Ministry of Foreign Affairs: Israeli Settlements and International Law, Jerusalem, 20 May 2001.

Mouin Rabbani: Birth Pangs of a New Palestine, in „Middle East Report“-online January 7, 2008.

Mouin Rabbani and Chris Toensing: The Continuity of Obama's Change, in „Middle East Report“-online 27.01.2009.

(Naomi Chazan:) Conference Call with Prof. Naomi Chazan – In the Aftermath of Gaza: A Post-War Assessment. Die Zusammenfassung der Konferenzschaltung mit der früheren stellvertretenden Präsidentin der

²⁰ Rezension des Buches in der Menüleiste „Rezensionen“ dieser Homepage.

Knesset wurde am 27.01.2009 im Internet-Portal von „Meretz-USA“ verbreitet.

Nadav Shragai: Study: 50% of national-religious city residents support 'refuseniks', in „Haaretz“-online 25.02.2009.

Nathan J. Brown: Sunset for the Two-State Solution? „Carnegie Endowment for International Peace“, May 2008.

Natasha Mozgovaya: Kurtzer: Netanyahu-Lieberman is 'bad combination' for U.S., in „Haaretz“ 19.02.2009. Die Korrespondentin zitierte den früheren US-Botschafter in Tel Aviv, Daniel C. Kurtzer.

Nehemia Strasler: Bibi? Ich vertraue ihm, in „Haaretz“-online 06.02.2009 (Hebräisch).

(Palestine Strategy Group:) Regaining the Initiative. Palestinian Strategic Options to End Israeli Occupation. A Report of the Palestine Strategy Group, August 2008.

Rana Sabbagh-Gargour: Amman suspends its Hamas flirtation, in „bitterlemons“ 05.02.2009.

Reiner Bernstein: Der verborgene Frieden. Politik und Religion im Nahen Osten. Berlin 2000.

Reiner Bernstein: Von Gaza nach Genf. Die Genfer Friedensinitiative von Israelis und Palästinensern. Schwalbach/Ts. 2006.

Reiner Bernstein: „Ein Jahr nach Annapolis“. Der Bericht über die Konferenz lässt sich in der Menüleiste „Veröffentlichungen“ der Homepage www.reiner-bernstein.de nachlesen.

Richard N. Haass and Martin Indyk: Beyond Iraq, in „Foreign Affairs“ January/February 2009: „The United States seems unable to deliver on many of its promises and often to make matters worse when it tries. Nevertheless, the vast majority of Middle Eastern states still look to the

United States as the ultimate guarantor of their security and the power most able to help them achieve their objectives.”

Robert Cohen: Mideast dream team? Not quite, in „International Herald Tribune” 11.01.2009.

(Salam Fayyad:) Remarks by Palestinian Prime Minister Salam Fayyad at the „American Task Force on Palestine”, Third Annual Gala, Washington, D.C., 12.10.2008.

Sara Roy: Gaza Strip. The Political Economy of De-Development. London 1995.

Seffi Rachlevsky: Der Esel des Messias. Tel Aviv 1998 (Hebräisch).

Shibley Telhami: The Stakes: America and the Middle East. Boulder (CO) 2002.

Shlomo Avineri: Herzl's vision of racism, in „Haaretz”-online 09.02.2009.

Tamar Yonah: ‘Juden um den nächsten US-Präsidenten’, in „Arutz Sheva–Israel National News“ 11.11.2008 (Hebräisch).

„Tami Steinmetz Center for Peace Research“: War and Peace Index – December 2008.

(Tony Blair:) Blair: Hamas should be part of peace process, in „Haaretz”-online 31.01.2009.

Ulrich Ladurner: Das Ende der Zweistaatenlösung, in „ZEIT”-online 20.01.2009.

UNWRA, East Jerusalem: Press Release of 4 February 2009.

Uri Blau: We came, we saw, we conquered, in „Haaretz”-online 02.02.2009.

Walid Salem: Conflict management in the name of conflict resolution. Strategic Assessments (1), Jerusalem 20/2/2009. Der Autor vermutet, dass im Falle von palästinensischen Neuwahlen Hamas auch in der Westbank gewinnen würde, so dass sie das Gebiet der Autonomiebehörde nicht mit Gewalt entreißen müsse.

Yehuda Z. Blum: The Missing Reversioner: Reflections on the Status of Judea and Samaria, in „Israel Law Review“ 3 (1968), S. 279-301. Dem damaligen Dozenten an der Hebräischen Universität in Jerusalem schlossen sich andere prominente Juristen an, so der nachmalige Generalstaatsanwalt Meir Shamgar.

Yoel Marcus: Biberman vor dem Tor, in „Haaretz“-online 27.01.2009 (Hebräisch). Der Kommentator zog die Namen („Bibi“) Netanyahu und Lieberman zusammen.

Yossi Alpher (2009.1): Another Palestine-dominated election goes nowhere, in „bitterlemons“ 09.02.2009.

Yossi Alpher (2009.2): Deceptive unity, in „International Herald Tribune“ 04.03.2009.

Zeev Maoz: Defending the Holy Land. A Critical Analysis of Israel's Security & Foreign Policy. Ann Arbor 2006²¹.

Zvi Bar'el: Without confidence building, in „Haaretz“-online 25.01.2009.

²¹ Rezension des Buches in der Menüleiste „Rezensionen“ dieser Homepage.